

Landkreis Ravensburg

den 09. Feb. 2021

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität
am 03.12.2020 in der Turn- und Festhalle Berg, Bergstr. 12, 88276 Berg

Dauer 14:30 Uhr bis 16:20 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 23 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Herr Dr. Andreas Honikel-Günther Erster Landesbeamter

CDU

Herr Elmar Buemann

Frau Christa Fuchs

Herr Thomas Kellenberger

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Axel Müller

Herr Christian Natterer

Herr Waldemar Westermayer

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle

Herr Michael Lang

Herr Roland Schmidinger

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Elke Müller

Herr Bruno Sing

Herr Heinz Strubel

Herr Martin Weiß

Frau Doris Zodel

SPD

Herr Rudolf Bindig

Herr Gerhard Lang

ÖDP

Herr Julian Aicher

Herr Max Scharpf

FDP

Herr Dr. Roland Dieterich

Protokollführerin

Frau Dagmar Schöbel

von der Verwaltung

Herr Franz Baur

Herr Matthias Weber

Herr Franz Fugel

Herr Hans Koch

Herr Hubert Messmer

Dezernent Finanzen, Schulen und Immobilien
Amtsleiter Finanzen, Beteiligungen und Kreis-
laufwirtschaft zu TOP 5

Stellv. Amtsleiter Straßenbauamt zu TOP 4

Verkehrsamt zu TOP 3

Geschäftsführer Eigenbetrieb IKP Geschäfts-
führer Eigenbetrieb IKP zu TOP 8

Abwesend:

CDU

Herr Robert Schweizer

FWV

Herr Wilhelm Graf

Herr Dr. Hermann Schad

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

3. 0168/2020
Förderung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg - Förderkonzept 2021

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

4. 0166/2020
Bauprogramm 2021 des Straßenbauamtes

Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft

5. 0169/2020
Abfallvermeidungsstrategie - Umsetzung und Sachstand
6. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft

7. 0159/2020
Dienstleistungsvertrag Abfall

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

8. 0152/2020
Leitfaden Nachhaltiges Bauen
9. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Öffentliche Sitzung

1. **Änderung der Tagesordnung**

Zur Tagesordnung gibt es keine Änderungswünsche.

2. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Ein Protokoll liegt noch nicht vor.

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

3. 0168/2020

Förderung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg - Förderkonzept 2021

KR Kellenberger erkundigt sich nach dem Sachstand zum Thema „Verbund“, insbesondere zur Anbindung von Memmingen.

Der Vorsitzende informiert, dieses Thema stehe auf der Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung des bodo-Aufsichtsrates. Alle Prüfungen seien abgeschlossen, der von Memmingen im Falle eines Beitritts zum Verbund zu zahlende Betrag stehe fest. Der Gemeinderat müsse nun diskutieren, ob man zu dieser Zahlung bereit sei. Allerdings das Thema für die Stadt Memmingen nicht prioritär, wohingegen es am Willen der württembergischen Seite zu keiner Zeit gemangelt habe. Eine andere Lösungsmöglichkeit könne durch die Landesregierung gegeben sein. Anlässlich eines Besuches von Herrn Hickmann (Abteilungsleiter im Verkehrsministerium) im September sei die Frage diskutiert worden, ob man Memmingen nicht in den BW-Tarif einbeziehen und das Land die Mehrkosten übernehmen könne. Er habe um entsprechende Prüfung im Verkehrsministerium gebeten und setze sich auch gern selbst nochmals gemeinsam mit den Allgäuer Bürgermeistern beim Oberbürgermeister der Stadt Memmingen politisch für eine Lösung ein. Er bittet Herrn Dr. Honikel-Günther, im Januar 2021 nochmals in Stuttgart nachzufragen, wie man mit dem Wunsch des Landkreises umgegangen sei.

KR Bindig lobt die Vorlage und fragt, warum darin nichts zu einer weiteren Reaktivierung der „Räuberbahn“ sowie einer Anbindung von Kißlegg und Leutkirch enthalten sei.

Dr. Honikel-Günther berichtet, das Ringzugkonzept Bodensee-Oberschwaben werde aktuell untersucht. Er hoffe auf Ergebnisse dazu noch im Dezember. Dann werde sich in Zusammenarbeit mit Herrn Grosse eine Bewertung im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit anschließen. Chancen zur Reaktivierung von Strecken seien nicht Gegenstand dieser Vorlage, sondern würden in einem separaten Strang betrachtet.

KR Sing lobt die Vorlage ebenfalls, für das nächste Jahr wünsche er sich jedoch einen geeigneteren Namen. Der Begriff „Mobilitätsförderkonzept“ passe besser als „Förderung des ÖPNV“, da dort auch Carsharing und E-Bikes enthalten seien. Beim Thema Schiene habe er nichts zur Vernetzung mit Biberach gefunden. Er erkundigt sich, was es Neues zum Thema „Nadelöhr“ Aulendorf gebe und bittet darum, die Zusammenarbeit mit dem bodo-Verkehrsverbund zu verstärken. Er wünsche sich außerdem eine „mundgerechte“ Aufbereitung der Fördermöglichkeiten des Landes Baden-Württemberg zum Thema Mobilität für Kommunen, sodass diese leichter Unterstützung beantragen und erhalten könnten.

Der Vorsitzende antwortet, zum Thema Ulm-Friedrichshafen gebe es nichts Neues. Ein Gespräch mit Verkehrsminister Hermann habe ergeben, dass das Land die Streckenabschnitte getrennt ausschreiben werde. Falls es für den Ringzug eine weitere Perspektive gebe, so könne ein Zug von Ravensburg jedenfalls nicht gleichzeitig ins Allgäu „um die Ecke fahren“ und nach Ulm durchgebunden sein. Ersteres sei wichtiger, da bereits gute Verbindungen nach Ulm bestünden. Bevor man nochmals auf den Bahnhof Aulendorf schaue, würden zunächst die Fragen zur Linienführung des Ringzuges geklärt.

Dr. Honikel-Günther sagt zu, die Anregung von KR Sing bezüglich der Begrifflichkeiten mitzunehmen, die Verkehrsträger für das nächste Jahr ganzheitlich in den Blick zu nehmen sowie die Förderprogramme für die Kommunen aufzubereiten.

Herr Koch ergänzt, die Zusammenarbeit mit bodo sei da. Über die jetzigen Verbindungen hinaus plane der Verkehrsverbund jedoch keine weiteren Tarifkooperationen.

Der Vorsitzende ergänzt, ihn beschäftige aktuell auch das Thema Carsharing für Mitarbeitende des Landratsamtes. Eine private Nutzung von Dienstwagen am Wochenende solle gegen Bezahlung ermöglicht sein, damit auf ein eigenes Fahrzeug verzichtet werden könne. Dies sei ein Beitrag zur Verkehrswende und zur Erhöhung der Arbeitgeberattraktivität. In der nächsten Ausschusssitzung werde dazu eine Vorlage vorgelegt.

KR Dr. Dieterich fragt, ob sich wegen der Energieabgabe zum 01.01.2021 und den daraus resultierenden Preiserhöhungen für Treibstoffen auch Fördermittel in Förderprogrammen erhöhen würden. Einer Reaktivierung der Kleinbahnen stehe er sehr kritisch gegenüber, da Informationen zu den Frachtaufkommen fehlten. Diese seien jedoch entscheidend, um rechnen zu können.

Der Vorsitzende erläutert, über den Arbeitskreis Tarif seien auch Busunternehmer im Verkehrsverbund vertreten und würden über nötige Ticketpreisanpassungen aufgrund der Energieabgabe diskutieren. Für 2021 seien Mehrbelastungen einkalkuliert. Eine Tarifierhöhung von 2,9% sei vorgeschlagen. Der Landkreis wolle den ÖPNV gezielt und nicht allgemein fördern, z.B. über einzelne Linien und Schülermonatskarten. Bezüglich der Kleinbahnen weist er darauf hin, dass auf Seite 4 der Vorlage einige Informationen zu den Frachtaufkommen vorhanden seien.

KR Sing berichtet, die Stadt Pfullendorf habe einen Mobilitätsmanager angestellt, der versuche, mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Ziel sei, die Bahn ständig fahren zu lassen, nicht nur im Rahmen einer touristischen Nutzung.

KR Westermayer möchte wissen, ob es schon Informationen zur Auslastung der am 02.11.2020 in Verkehr gegangenen Regiobuslinie Ravensburg-Konstanz gebe.

Der Vorsitzende antwortet, für Corona-Verhältnisse sei diese überraschend gut gestartet.

Beschlussentwurf:

1. Dem Förderkonzept 2021 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 2.792.653 € wird zugestimmt.
2. Die Bewilligung der Finanzmittel erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die erforderli-

chen Ressourcen im Kreishaushalt des Jahres 2021 tatsächlich bereitgestellt werden.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Straßenbauamtes

4. 0166/2020

Bauprogramm 2021 des Straßenbauamtes

KRin Zodel wünscht eine separate Abstimmung zur Einzelmaßnahme Ersatzneubau Grenzbrücke bei Eglofstal.

KR Strubel fragt, ob die Maßnahmen zur Stärkung der Biodiversität an Kreisstraßen von Mitarbeitern des Straßenbauamtes ausgeführt oder an externe Firmen vergeben würden. Er kritisiert die unter „Einfacher Ausbau“ geplante Verbreiterung der Fahrbahn von einseitig 4 auf 6 Meter als zu flächenverbrauchsintensiv. An einigen Stellen sei die Straße bereits 9 Meter breit. Hier sei ein Umdenken angebracht. Er möchte außerdem wissen, ob die Verwendung von Recyclingmaterial angedacht sei.

KR Dr. Dieterich wünscht einen halbjährlichen Bericht der Verwaltung zum Thema Grundstücksangelegenheiten.

KR Schmidinger lobt die geplante Baumaßnahme zum Kreisverkehr Mennisweiler aufgrund der bisherigen Unfallträchtigkeit und fragt, was für die Bahnlinie an dieser Stelle angedacht sei. Er bedankt sich für die Verbesserung der Ortsdurchfahrt Osterhofen, da so mehr Sicherheit für die Schüler erreicht werden könne.

KR A. Müller fragt, ob für den Bau des Radweges zwischen Berg und Weiler eine Abschöpfung von Bundesmitteln möglich sei. Es gebe ein Bundesförderprogramm für Radwege, die entlang von Bundesstraßen verliefen und Lücken schlossen.

Herr Fugel antwortet, Pflege- und Mäharbeiten an Kreisstraßen, die mit kleineren Maschinen zu bewältigen seien, würden von der Straßenmeisterei erledigt, die restlichen an Fremdfirmen gegeben. Was den „einfachen Ausbau“ betreffe, so werde die Straße lediglich regelgerecht hergestellt, die Arbeiten nachhaltig sowie frostsicher ausgeführt und der Streckencharakter nicht verändert. Der minimale Querschnitt, der

an der fraglichen Stelle laut Richtlinie einzuhalten sei, betrage 6 Meter. Schmalere Straßen nur ausnahmsweise, z.B. im Falle geringeren Verkehrsaufkommens oder bei Grundstücksschwierigkeiten. 95 bis 97 Prozent des ausgebauten Materials würden wieder eingebaut mit Ausnahme von über ein zulässiges Maß hinaus belasteten Materialien. Am Kreisverkehr Mennisweiler werde die Bahn möglicherweise mit Schranken oder einem Ampelsystem durch den Kreisverkehr hindurchgeführt. Die Planungen des Regierungspräsidiums hierzu seien noch nicht abgeschlossen. Für das Radwegeprogramm seien im Bereich Osterhofen schon erste Grunderwerbserfolge erzielt worden. Einen halbjährlichen Bericht zu Grundstücksfragen halte er nicht für sinnvoll, da es sich um eine stark operativ geprägte Tätigkeit handle. Bezüglich des Radweges zwischen Berg/Weiler und B 32 sei es so, dass eine Landesförderung keine Doppelförderung durch den Bund zulasse.

KR Dr. Dieterich möchte wissen, ob auch bei Zulieferungen von Material für Straßenbaumaßnahmen Recyclingmaterial verwendet werde.

Herr Fugel berichtet, Kies komme aus der Deponie. Bitumen werde bis zu einem maximal zulässigen Anteil zugemischt.

KR Buschle stellt fest, die in Anlage 4 dargestellte 800 Meter lange Amphibienschutzanlage sei mit 1,4 Mio. EUR teuer, ebenso der in Anlage 5 dargestellte einfache Ausbau eines lediglich 1,4 km langen Straßenzuges für 1,66 Mio. EUR.

Herr Fugel informiert, die gesetzlichen Vorgaben für den Amphibienschutz seien streng und der Aufwand groß. Straßen müssten durchbrochen und für Hin- und Rückwanderungen Material verbaut werden. Der Kreis benötige selbst generierte Ökopunkte, um bestimmte Baumaßnahmen ausgleichen zu können. Um diese Ökopunkte tatsächlich generieren und zu Kompensationszwecken nutzen zu können, müssten bestimmte Standards eingehalten werden, die immer über den anerkannten fachlichen Standard (Sowieso-Maßnahmen) hinausgingen. Auf landwirtschaftlichen Flächen sei noch erhöhte Vorsicht geboten. Bei dem angegebenen Betrag handle es sich um eine Vorschätzung, Anlagen aus Stahl seien eventuell günstiger. Die Ausschreibung werde mit einem etwas niedrigeren Betrag erfolgen.

KR Sing ergänzt, Ökopunkte könne man auch kaufen. Für die Amphibienschutzmaßnahme wünsche er ein mindestens zweijähriges Monitoring.

KR Kellenberger erkundigt sich nach den Kosten eines Ökopunktes. Diese seien auf dem Markt verfügbar. Die Generierung eigener Ökopunkte sei auch eine wirtschaftliche Frage.

Herr Fugel antwortet, der Preis liege bei 1 EUR pro Ökopunkt. Der Kreis könne durch eigene Maßnahmen deutlich günstiger Ökopunkte generieren.

KR Westermayer hält die geplante Amphibienschutzmaßnahme für den richtigen Weg. Man benötige Ökopunkte.

KR Buschle wünscht eine getrennte Abstimmung zur Amphibienschutzmaßnahme.

Abstimmung über den Verbleib des Punktes 2.1.2.4 (Ersatzneubau Grenzbrücke bei Eglofstal) im Haushaltsplan 2021:

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 6 Nein-Stimmen)

Abstimmung über den Verbleib des Punktes 2.1.2.5 (Ausgleichsmaßnahme Amphibienschutzanlage zur Gewinnung von Ökopunkten) im Haushaltsplan 2021:

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung)

Abstimmung über den Vorschlag von KR Dr. Dieterich, den Text des Beschlussentwurfes der Vorlage um den Halbsatz „*und die in der Vorlage beschriebenen Kostenbeteiligungen verbindlich zugesagt worden sind*“ zu ergänzen:

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Dr. Dieterich:

Die Verwaltung wird ermächtigt, unverzüglich nach der Beschlussfassung des Kreistages über den Haushalt 2021

1.) die Maßnahmen des Ergebnishaushalts

2.) die Maßnahmen des Finanzhaushalts

öffentlich auszuschreiben. Die Ermächtigung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen Ressourcen im Kreishaushalt für das Jahr 2021 tatsächlich bereitgestellt werden **und die in der Vorlage beschriebenen Kostenbeteiligungen verbindlich zugesagt worden sind.**

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert beschlossen

Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft

5. 0169/2020

Abfallvermeidungsstrategie - Umsetzung und Sachstand

KR Dr. Dieterich fragt, mit welchem Gesamtaufwand durch die Vorlage zu rechnen sei und welche Kosten für die Verwaltung selbst entstünden.

Herr Weber erklärt, Grundlage für die Beschlussfassung zum Thema sei die Vorlage 0129/2020 mit den dortigen Bewertungen gewesen. Die Verwaltungskosten selbst seien noch nicht kalkuliert worden.

Der Vorsitzende ergänzt, für die Förderung der Mehrwegwindeln nach Wegfall des kostenlosen Windelsacks werde mit ca. 12.000 EUR pro Jahr gerechnet.

Beschlussentwurf:

1. Gemeinnützige Einrichtungen und gemeinnützige Vereine werden bei Ihren Projekten zur Abfallvermeidung dahingehend unterstützt, dass Ihnen ein Freikontingent für die Entsorgung des Sperrmülls eingeräumt wird, soweit die Förderkriterien (Anlage 1) erfüllt werden.
2. Der einmalige Mehrwegwindelzuschuss für Kleinkinder bis 3 Jahre wird ab

dem 01.01.2021 auf 100 € / Kind erhöht, für Personen mit Inkontinenz beträgt der Zuschuss einmalig 150 € / Person. Die Förderkriterien nach Anlage 2 werden zugrunde gelegt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

6. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: keine

Ausschuss für Umwelt und Mobilität am 03.12.2020:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Kreislaufwirtschaft

7. 0159/2020

Dienstleistungsvertrag Abfall

Beschlussentwurf:

Der Vertrag über die „Abfuhr von Rest- und Bioabfall mit Behältergestaltung und Behälteränderungsdienst sowie Abholung von Sperrmüll auf Abruf“ wird bis zum 31.12.2025 verlängert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

8. 0152/2020

Leitfaden Nachhaltiges Bauen

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund der Anträge von KR Bindig und KR Weiß:

1. Der Leitfaden für Nachhaltiges Bauen (LNB) und das entwickelte Bewertungssystem zur Sicherung ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Qualitäten für die kreiseigenen Bauvorhaben ~~soll~~ **setzt** den Standard für nachhaltiges Bauen im Landkreis Ravensburg ~~setzen~~.
2. Der Leitfaden für Nachhaltiges Bauen soll künftig bei ausgewählten Bauprojekten angewendet werden. Über **die konkrete** energetische und ökologische Zielsetzungen entscheidet **dabei** jeweils der Kreistag.
3. **Die Existenz und der Inhalt des Leitfadens für Nachhaltiges Bauen soll den Gemeinden des Landkreises mitgeteilt werden mit der Anregung, den Leitfaden ebenfalls für ausgewählte kommunale Projekte anzuwenden.**

Beratungsergebnis: einstimmig modifiziert empfohlen

9. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

Schriftführerin

Dagmar Schöbel

Kreisräte

Thomas Kellenberger

Rudolf Bindig

Leitfaden Nachhaltiges Bauen

Textvorschlag von KR Bruno Sing, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

A 1.4. Naturnahes Bauen – Biodiversität Landkreis Ravensburg

(Anmerkung: Im Inhaltsverzeichnis fehlt bei A 1.4. Ravensbug, dass kleine „r“)

Vogelsichere Fensterscheiben (Seite 17)

Der Tod an den Glasflächen ist eines der größten Probleme des Vogelschutzes in Städten. Jedes Jahr verunglücken vermutlich mehr als 100 Millionen Vögel an Glasscheiben in Deutschland. Um Vogelkollisionen an Glas zu vermeiden, sollten bereits beim Bau Fenster mit vogelverträglicher Verglasung gewählt werden. Hierzu gibt es viele Lösungen:

Engmaschige Muster auf oder in der Scheibe suggerieren den Vögeln dichtes Gestrüpp, das sie umfliegen. Wichtig ist daher, dass die gesamte Glasfläche markiert ist und die freien Stellen zwischen den Markierungen nicht größer als eine Handfläche sind. Bei der Gestaltung sollte man sich an den geprüften Vogelschutzmustern orientieren. Gestaltungsmöglichkeiten: Punkte, Raster, Buchstaben, filigrane Kunstwerke oder Werbegrafiken, die bei der Herstellung der Scheibe eingätzt, gefräst, als Siebdruck aufgebracht werden. Diese Muster lassen sich kreativ und attraktiv gestalten. Es gibt bereits gute Beispiele im Landkreis.

(Quelle: Schweizerische Vogelwarte Sempach 2018 und Bayerisches Landesamt für Umwelt)

Link: www.lfu.bayern.de/buerger/doc/uw_106_vogelschlag_an_glasflaechen_vermeiden.pdf

→ Anforderung zur Verwendung bei Einzelglasflächen von > 2m²

Bisheriger Text-bitte-streichen:

~~Vogelsichere Fensterscheiben~~

~~Der Tod von Vögeln, die versuchen durch größere Glasflächen zu fliegen, ist eines der größten Vogelschutzprobleme heutzutage. Dies betrifft auch seltene und bedrohte Arten. Um Vogelkollisionen an Glas zu vermeiden, sollten möglichst bereits beim Bau Fenster mit vogelverträglicher Verglasung gewählt werden. Durch den Einsatz von geriffeltem oder mattiertem Glas oder mithilfe von flächigen Markierungen im Glas (Vogelschutzmuster), kann die Gefahr erheblich eingeschränkt werden (Quelle Bayerisches Landesamt für Umwelt).~~

~~→ Anforderung zur Verwendung bei Einzelglasflächen von > 4m²~~